

Blätter der Freien Grünen Liste Konstanz

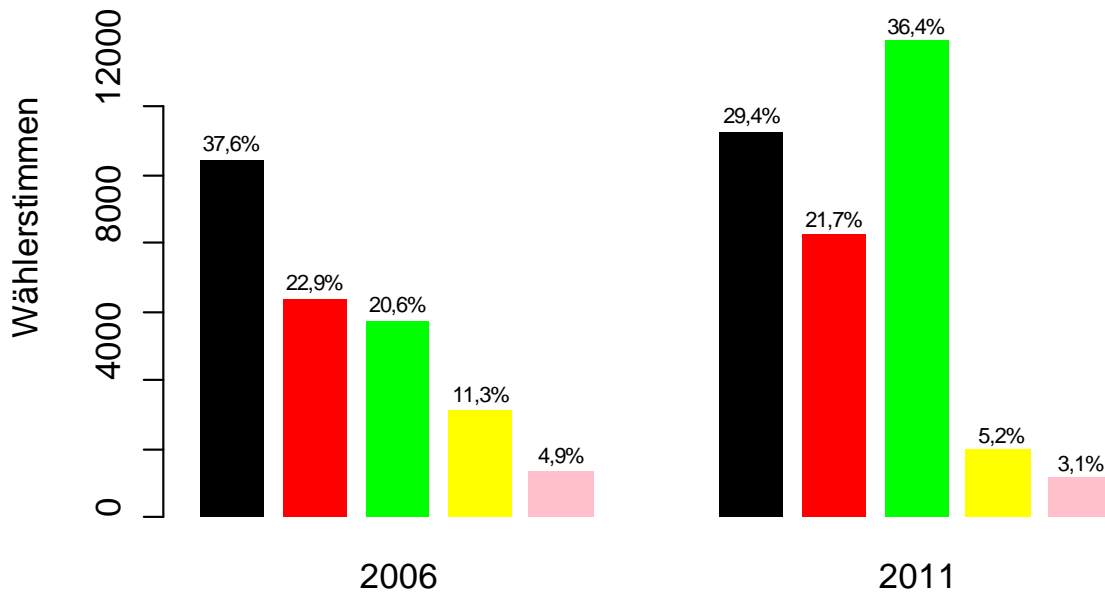
Nachlese zur Landtagswahl 2011

Groß ist die Freude und hoch sind die Erwartungen nach dem fulminanten Wahlerfolg von Bündnis 90/Die Grünen in Baden-Württemberg. Die Grünen wurden erstmals zweitstärkste politische Kraft im Land mit 24,2% der Stimmen nach der CDU mit 39% und vor der SPD mit 23,1%. Erfreulich ist, dass neun grüne Kandidaten Direktmandate errangen. Sie verbuchten also den höchsten Stimmanteil in ihrem Wahlkreis. Unter ihnen war auch Siegfried Lehmann im Wahlkreis Konstanz/Radolfzell, der damit den Wahlsieger von 2006, Andreas Hoffmann von der CDU, verdrängt.

Ein paar Details: Der Landkreis Konstanz ist in zwei Wahlkreise aufgeteilt: Singen/Stockach (Nr. 55) und Konstanz/Radolfzell (Nr. 56). Im Wahlkreis 56 errangen die Grünen 34,7% (nach 20,6% in 2006) und die CDU 32,8% der Stimmen. Insgesamt sind in unserem Wahlkreis 98.172 Personen wahlberechtigt, hiervon knapp 60% in Konstanz Stadt und 23% in Radolfzell. In der Stadt Konstanz erreichte Lehmann sogar 36,4%, was sagenhaften 13.899 Stimmen entspricht. Die Wahlbeteiligung in Konstanz betrug erfreuliche 65,8% nach der historisch niedrigen Wahlbeteiligung von 50,7% im Jahre 2006. Erfreulich aus grüner Sicht ist auch die breite Zustimmung außerhalb der Städte. Zum Beispiel erreichten die Grünen auch im schwächsten der 74 Wahlbezirke unseres Wahlkreises noch beachtliche 26,7% und in den beiden stärksten über 51%.

Der Wahlsieg war allerdings ziemlich knapp. In den meisten anderen Orten im Wahlkreis außerhalb der Stadt Konstanz hatte Andreas Hoffmann die Nase vorn. Ebenfalls interessant ist die Tatsache, dass, obwohl Hoffmann Prozentpunkte im Vergleich zu 2006 einbüßte, er absolut gesehen mehr Wählerstimmen auf sich verbuchen konnte (siehe Abbildung).

Wahlergebnis in der Stadt Konstanz



Die Höhe der Balken entspricht der Zahl der abgegebenen und gültigen Stimmen für die Parteien CDU, SPD, Grüne, FDP und Linke in der Reihenfolge.

Mehr Zahlen und Hintergrundinformationen gibt es im Bericht der Stadt zur Wahl

Im Wahlkreis Singen/Stockach errangen die Grünen mit Udo Engelhardt an der Spitze 22,56 % der Stimmen, was im Vergleich zu 9,4% im Jahre 2006 ebenfalls einen tollen Erfolg darstellt. Die Nase vorn hatte weiterhin Wolfgang Reuther von der CDU mit 40,1% der Stimmen, gefolgt von Hans-Peter Storz von der SPD mit 23,4%, der ebenfalls in den Landtag einzieht. Interessant finde ich einen Punkt der Eigenanalyse des Wahlergebnisses von Udo Engelhardt auf der Kreismitgliederversammlung: Er konnte gerade dort nicht punkten, wo er durch seine Tätigkeit bei der Singener Tafel am besten bekannt und sicherlich auch geschätzt ist, in den sozial schwächsten Milieus. Der Hauptgrund liegt sicherlich in der sehr geringen Wahlbeteiligung in sozial schwachen Quartieren (einige unter 30%). Das muss ein Dilemma für jeden besonders sozial engagierten Politiker darstellen.

Zu Aufgaben und Zielen: Löblich finde ich die Ankündigung der Verhandlungspartner Kretschmann und Schmid, die Verschuldung mit dem Ziel der Haushaltskonsolidierung einzudämmen. Mit Blick auf die Wahlversprechen im Bildungsbereich und den finanziellen Risiken, die aus der EnBW-Beteiligung und dem Stuttgarter Bahnhof erwachsen, wird das sicherlich keine leichte Aufgabe. Einen weiteren Punkt möchte ich herausgreifen: Die Grünen Vorderleute verkünden, dass sie sich für einen neuen Demokratiestil stark machen werden, bei

dem mündigen Bürgern mehr Mitspracherechte erhalten sollen. Bemerkenswert finde ich in diesem Zusammenhang die Diskrepanz zwischen Mitgliederzahlen und Wählerstimmen der Grünen im Vergleich zu den „alten“ Volksparteien CDU und SPD (im Land etwa 8000 Grüne versus 40 000 SPD und 70 000 CDU Mitglieder). Es könnte also durchaus sein, dass die Grünen im Hinblick auf zukünftige Wahlen wohlberaten sind, bei möglichst vielen Entscheidungen breitere Bevölkerungsschichten einzubeziehen und sich nicht auf die Mehrheit der oft kläglichen Häufchen Parteimitglieder bei Versammlungen zu verlassen.

Zum Schluss noch ein Aufruf: Lasst uns die Daumen drücken, dass erst die Regierungsbildung und dann das Regieren gelingt. Wir könnten uns zusammen eventuell mit Siegfried Lehmann mal überlegen und vielleicht auch immer mal wieder überlegen, wie wir vor Ort mithelfen können, diesen grandiosen Wahlerfolg in eine nachhaltige Begründung der Landespolitik umzumünzen.

Stefan Röpcke



*Hoffmann
und die untreue Imperia*

HAUSHALTSSPLITTER ZUM DOPPELHAUSHALT 2011/2012

Dissonanzen

Heftige öffentliche Schelte über die Luxusklausur im Klosterhotel Ittingen:

Selber zahlen! - Bringt nichts! – Geheimniskrämerei!.....

Im Nachhinein hat es sich gelohnt. Die ursprünglich 20 Mill. EURO Nettoneuverschuldung für 2011/12 wären vom Regierungspräsidium nicht genehmigt worden. Das zweitägige nichtöffentliche Ringen von den Fraktionen und den Verwaltungsspitzen hat den Weg für eine Lösung geöffnet.

Kompromisse

Der anschließende viermonatige Ausschuss-Beratungsmarathon endete fast mit einer Punktlandung: Die Nettoneuverschuldung wurde auf 3 Mill. EURO reduziert. Alle Fraktionen sind aus Einsicht Kompromisse eingegangen, auch die FGL. Die aus Sicht der FGL notwendigen Steuererhöhungen (Grund-, Gewerbe-, Vergnügungssteuer und Kurtaxe) mit jährlichen Mehreinnahmen von 5,5 Mill. EURO haben wir seit Ittingen durchgehend eingefordert. Damit wurde die durch das Regierungspräsidium angemahnte Strukturverbesserung des städt. Haushaltes erreicht.

Schmerzlich

Der Preis für den Haushaltskompromiss waren Verzicht, bzw. Hinausschieben von politischen Wünschen und Investitionen in die Mittelfristige Finanzplanung. So z.B.:

- Ausbau des Bahnhofplatzes
- Rückstellung der Fuß- und Radbrücke am Petershauser Bahnhof
- Schul- u. Sporthallen in Petershausen (Theo und Suso)
- Bauunterhaltung (Energieeinsparungen)
- Einschränkungen bei Stellenvermehrungen.

Erfreulich

Folgende Maßnahmen wurden beschlossen und haben die Streichung überlebt:

- Finanzierung des Krankenhausausbau
- Keine Streichung von Stellen in der Schulsozialarbeit
- Erweiterung der Geschwister Scholl Schule
- Investitionen im Kita- und Kigabereich
- Ausbau der sozialen Stadt im Berchen

- Keine Struktureinsparungen im Kulturbereich (Theater, Philharmonie, Museen)

Zukünftig

wird sich die FGL verstärkt den Auswirkungen des demographischen Wandels und der Förderung der Menschen mit Migrationshintergrund widmen müssen.

Zahlen für 2011

EINNAHMEN

Grundsteuer	11,5 Mill. EURO
Gewerbesteuer	34,1 Mill. EURO
Gemeindeanteil Einkommenssteuer	27,0 Mill. EURO
Schlüsselzuweisungen (Finanzausgleich)	19,0 Mill. EURO
Zinseinnahmen	1,8 Mill. EURO

AUSGABEN

Personalausgaben	40,6 Mill. EURO
Abschreibungen	8,3 Mill. EURO
Städt. Baumaßnahmen / Investitionen	17,2 Mill. EURO
Kreisumlage	34,8 Mill. EURO
Zinsausgaben	1,3 Mill. EURO

HAUSHALTSVOLUMEN INSGESAMT 2011 (Städt.HH, TBK, EBK, Philharm., Konzilstadt)	252,9 Mill. EURO
---	------------------

STÄDT. KERNHAUSHALT 2011	196,0 Mill. EURO
SCHULDENSTAND 2011	27,0 Mill. EURO

Alle Fraktionen und Gruppierungen – außer der LINKEN LISTE – haben dem Doppelhaushalt 2011/2012 zugestimmt.

Peter Müller-Neff

Die Universität Konstanz hat große Pläne

Bis 2060 (!) soll der Gebäudebestand von jetzt ca. 240.000 m² Bruttogeschossfläche (BGF) um etwa 50% wachsen! Das scheint etwas überzogen weitsichtig, aber z. ZT. ist die Universität als junge Exzellenz-Institution und im Hinblick auf die zu erwartenden Studierendenmassen optimistisch, massiv erweitern zu können. Konkret sollen in einem ersten Bauabschnitt bis ca. 2018 ca. 20.000 m² BGF verwirklicht werden (naturwissenschaftliches Zukunftskolleg, Ornithologie, Decisions Sciences f.a. Sozialwissenschaft, Administration und Verwaltung).

Der derzeit rechtsverbindliche Bebauungsplan von 1969 reicht dafür nicht mehr aus. In Form einer „1. Änderung“ soll der Bebauungsplan Universität nun weiterentwickelt werden.

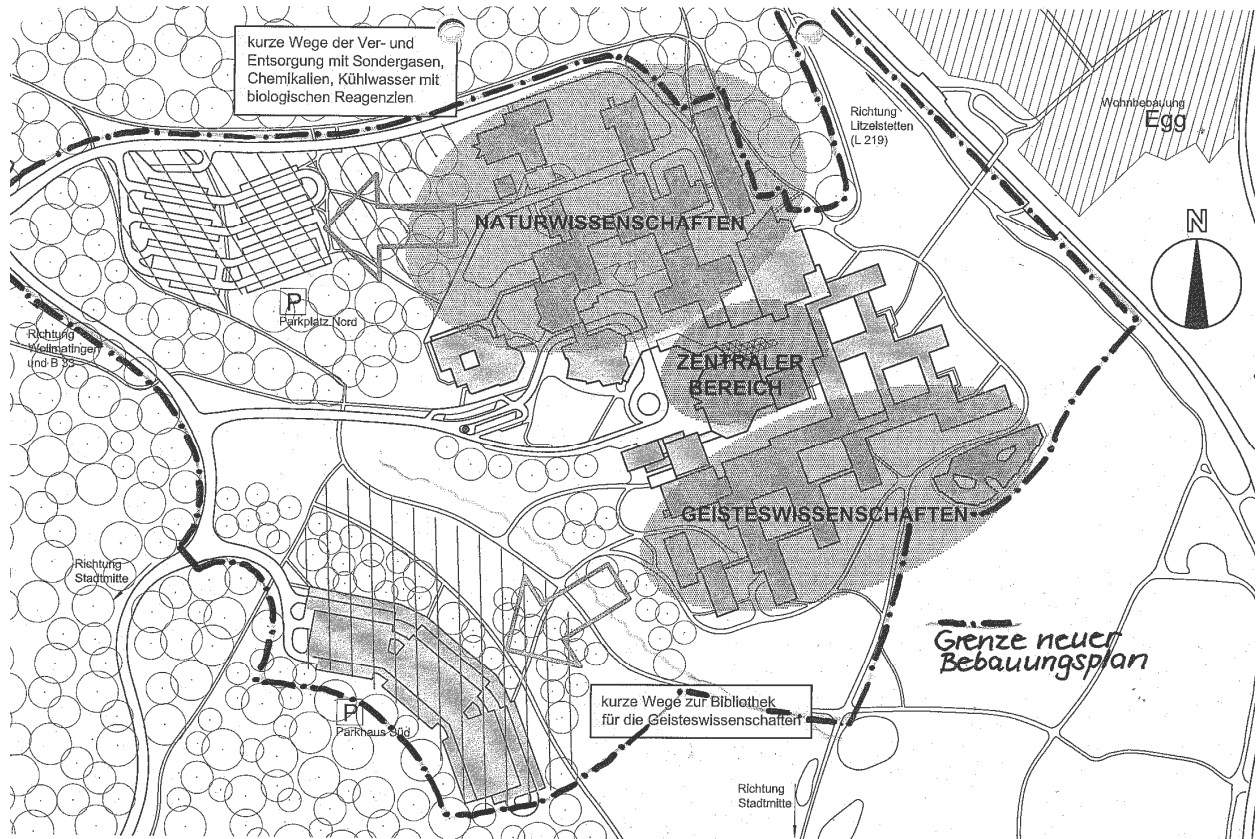
Bei der Gründung der Universität in den sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts ging man frisch-fröhlich an die Planung heran.

Die Sensibilität gegenüber der Natur war noch nicht so ausgeprägt wie heute. Die einmalige, aussichtsreiche Lage am Waldrand und das Freihalten des Hockgrabens vom Verkehr überwogen beim Abwägungsprozess um den Standort. Dafür „versteckte“ man die Parkplätze, das Heizkraftwerk und die Erschließungsstraßen in den Waldflächen. Inzwischen haben die Naturschutzbelange ein weit größeres Gewicht. Der Landschaftsplan von 1994 zeigt, wie das Universitätsgelände von Schutzgebieten umgeben ist. Große Teile des Bodanrücks sind Landschaftsschutzgebiet, unmittelbar nördlich und westlich der Universität beginnt der Schonwald. Diese Gebiete werden jetzt von den Vogelschutz- und FFH-Gebieten (Flora-Fauna-Habitat) überlagert. Der Hockgraben ist „geschützter Grünbestand“ nach § 33 NatSchG BW.

Eine Biotopkartierung von 2010 hat 40 Brutvogelarten, darunter Pirol, Schwarzmilan, Waldkauz und 5 Spechtarten nachgewiesen, ebenso Fledermauspopulationen.

Was also tun? In der Sitzungsvorlage für den Technischen und Umweltausschuss vom 7.4.2011 (Nr. TUA 2011-014) heißt es: „Ziel muss aber in der Betrachtung sein, die naturschutzrechtlichen Vorgaben *‘Vermeidung-Minimierung-Ausgleich’* zu beachten.“

Deshalb bleibt für die Erweiterung neben den begrenzten Verdichtungsmöglichkeiten im Bestand vor allem die Überbauung der Parkplätze. Die Parkpalette Süd und der Waldstreifen zur Universität hin könnte für die Geisteswissenschaften genützt werden. Der kleine Wasserlauf im Tälchen dazwischen wird ökologisch hoch eingeschätzt. Da böte sich das Wiedererstehen der Brücke an, die es einmal zwischen Parkhaus und zentralem Bereich gab.



UNIVERSITÄT KONSTANZ - ÜBERSICHT DER WISSENSCHAFTSBEREICHE -

Als ökologisch besonders sensibel wird das Waldstück zwischen den Naturwissenschaften und dem Parkplatz Nord wegen seiner „außergewöhnlich hohen Artenvielfalt“ beurteilt. Zitat TUA-Vorlage S. 7:

„Aufgrund der landschaftsökologischen und forstwissenschaftlichen Wertigkeiten bestehen für die Inanspruchnahme....(wegen) der gesetzlichen Vorgaben des nationalen und europäischen Natur- und Artenschutzrechts hohe Hürden.“

Hier muss nachgewiesen werden, dass Alternativen nicht zumutbar sind. Für die naturwissenschaftlichen Bereiche allerdings ist der direkte strukturelle und technische Kontakt zum Bestand eigentlich unumgänglich. Die Forstbehörde ist mit ihren Ansprüchen (z.B. flächenhafte Ersatzaufforstung, Waldumwandlungsverfahren) zurückhaltend, weil die betroffene Fläche schon im bisher gültigen Bebauungsplan enthalten ist.

Für die detaillierte Umsetzung der Projekte wird jedenfalls noch viel Arbeit nötig sein.

Manfred Heier

Der Teufel im Detail: das Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen

Sperrig im Titel, aber zum Teil sinnvoll in der Sache: das Agglomerationsprogramm Konstanz-Kreuzlingen, das im Gemeinderat im März behandelt wurde. Was beinhaltet es? Bern lässt für Städte an der Grenze, die mit der Nachbarstadt quasi eine Stadt bilden, einiges an Geld springen, wenn bestimmte Ziele verwirklicht werden. Als „Zückerle“ hat Bern mitgebracht, dass der ÖPNV in die Schweiz hinein bei uns um einiges verbessert werden soll. Was sollen aber Kreuzlingen und Konstanz erbringen? Ein großes Ziel des Agglomerationsprogramms aus Bern ist die Innenverdichtung. Es soll im Kern nachverdichtet werden. Ein Gedanke, der im Grundsatz richtig ist, denn gerade in der Schweiz ist die Zersiedelung sehr fortgeschritten. Weder Seerücken noch Seeufer sind den Schweizern heilig. Also ist das Programm eigentlich eine sinnvolle Sache!

Bei näherem Hinschauen zeigt sich jedoch dessen Tücke. Sieht man nämlich die zwei Städte Konstanz und Kreuzlingen als eine, dann betrifft das Nachverdichten im Kern auch Gebiete, die aus Konstanzer Sicht nicht innerorts sind. In Konstanz selber wird immer innerorts nachverdichtet. Eine „Nachverdichtung im Kern“ würde im Falle Konstanz-Kreuzlingen aber auch die bei vielen Konstanzern sehr emotional besetzte Fläche der Schweizer (!) Kleingärten auf Schweizer Seite und des Döbeli betreffen. Aus Kreuzlinger Sicht wäre das Gebiet eine Arrondierung der bestehenden Bebauung entlang der neuen Verbindungsstraße zum großen Hauptzoll. Für viele Konstanzer ist diese Fläche aber sakrosankt, gilt doch das Tägermoos insgesamt als Naherholungsgebiet für Altstadt und Paradies.

Und der erste Sündenfall, der große Zollhof im Tägermoos, war für viele Konstanzer schon damals eine Zumutung, wiewohl er sehr viel Verkehr von der Innenstadt fernhält. Den ganzen Verkehr in der Laube zu haben, wie es früher der Fall war, ist heute überhaupt nicht mehr denkbar. Trotzdem wurde im Gemeinderat sehr emotional argumentiert, als es jetzt um die Schweizer Kleingartenflächen ging. Einer Bebauung im Bereich Döbeli wollte der Gemeinderat nicht zustimmen. Mal schauen, was Bern jetzt macht.

Am Tägermoos zeigt sich leider wie bei vielem anderen: das „Zehnerle“ und das „Weckle“ kann man halt nicht haben!

Anne Mühlhäußer

Planungsgebiet Bahnhof Petershausen: Tatsächlich zu wenig Freiraum, lieber Peter? Eine Entgegnung

Im Subkurier vom Januar 2011 sprach sich Peter (Müller-Neff) für mehr Grünflächen rings um die Neubauten am Bahnhof Petershausen aus. Die Forderung liegt nahe, wenn man sich anschaut, wie viele Kräne dort zurzeit stehen und wie schnell ein Block nach dem anderen hochgezogen wird.

Zwei Aspekte sprechen gegen Peters Forderung: Zum einen will die Stadt – und das wollen wir auch – vor allem preiswert(er)en Wohnraum für Familien (und Studenten) zur Verfügung stellen. Das gelingt verständlicherweise leichter, wenn die Grundstücke besser ausgenutzt werden.

Zum anderen – und deshalb haben Freiraumplaner in Petershausen mitgewirkt – kommt es darauf an, den vorhandenen Freiraum so zu gestalten, dass sich die Menschen gerne darin aufhalten. Peter führt das Beispiel Berchen und Öhmdwiesen an, wo man „die Fehler der Vergangenheit durch Aufwertung und Planung öffentlicher Grünflächen (Grüner Bogen)“ jetzt erst nachbessere. Aber das Beispiel hinkt: Im Berchengebiet hat man keinen einzigen Wohnblock entfernt, man hat aber den vorhandenen Freiraum besser gestaltet.

Was im neu entstehenden Quartier ganz wichtig ist, ist die Art der Straßengestaltung. Auch die Straße gehört zum Freiraum, wir haben sie uns nur über Jahre wegnehmen lassen und einzig dem Automobil geopfert. Dass Fußgänger auf schmale Gehwege zwischen parkende Autos gedrängt werden, das ist Stadtplanung von gestern. In Wohnquartieren bestimmt der Fußgänger Raum und Rhythmus, das Auto muss sich unterordnen.

Wenn das gelingt, kann man auch dichter bauen. Am Bahnhof Petershausen entstehen drei, wenn auch nicht sehr große, Plätze. Sie sind über das Neubaugebiet verteilt. Der Radweg entlang der Bahnlinie wird heute schon von Skatern und Skateboard-Fahrern genutzt, die Baumreihe und die Bänke sorgen für das, was Peter reklamiert: „Öffentliches Grün“, das der „Kommunikation und der sozialen Begegnung“ dient. Bruder-Klaus- und Von-Emmich-Straße werden umgestaltet, das Auto deutlich gebremst. Im Übrigen: Wir sind hier mitten in der Stadt, sehr zentrumsnah, und nicht in einer Trabantenstadt auf der Grünen Wiese.

Jede Wohnung, die wir in den Grenzen der bebauten Stadt anbieten können, trägt dazu bei, irgendwo anders eine Grünfläche im Außenbereich zu erhalten. Innenentwicklung vor Ausfransung des Siedlungsraumes, das ist auch unser Leitspruch. Die Planung am Bahnhof Petershausen zeigt, wie es geht.

Antrag der Freien Grünen Liste vom 04.04.2011:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Horst Frank,
sehr geehrter Herr Geschäftsführer Kuno Werner,

die Menschen lernen häufig nur aus Katastrophen.

Die Kernkraftwerkskatastrophe in Fukushima muss nach unserer Auffassung einen sofortigen Wechsel in der Politik der Stromerzeugung durch Atomkraftwerke zur Folge haben. Die Stromerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern wie z.B. Wind, Sonne, Biomasse, Geothermie und Wasserkraft muss vorange-trieben und unterstützt werden. Diese Energiequellen sind nachhaltig und unerschöpflich.

Die STADTWERKE KONSTANZ beziehen zum Teil Strom aus Kernkraftwerken: Im Residualmix 34% (siehe Anhang: Dez. 2009 Strommix).

Wir bitten Sie folgende Fragen grundsätzlich zu beantworten und die Thematik auf die nächste Tagesordnung des Aufsichtsrates der SWK zu setzen:

- Beabsichtigt die Geschäftsführung die Einkaufspolitik von Atomstrom zu ändern?
- Wie sieht der aktuelle Strommix der Stadtwerk-kunden aus?
- Welches Zeitfenster könnte angedacht werden, um auf Atomstrom beim Einkauf, bez. Verkauf zu verzichten?
- Wie würde sich der „Ausstieg“ auf die Strompreise auswirken?

Mit freundlichen Grüßen

W. Allweiss, G. Beyer-Köhler, Ch. Biskup, Ch. Dreßen, D. Jakobs-Krahnen,
Ch. Kreitmeier, A. Mühlhäußer, P. Müller-Neff, T. Seiler, R. Wallisch

Energievision – 25 Jahre nach Tschernobyl

Unter diesem Titel hat Karl-Ulrich Schaible, Vorstandsmitglied im BUND, mit erstaunlich logistischem Talent eine umfangreiche Veranstaltungsreihe organisiert und in einem anschaulichen Flyer vorgestellt. Die Reihe läuft von März bis Juni 2011 und umfasst Vorträge, Lesungen, Filme, Ausstellungen, einen ökumenischen Gottesdienst, ein Kinderprogramm und eine Kabarettveranstaltung.

Schaible, der schon längere Zeit am Veranstaltungskonzept gearbeitet hatte, konnte nicht ahnen, wie aktuell mit Fukushima der Themenkomplex auf einmal geworden ist.

Eine der ersten Veranstaltungen am 6. April 2011 in der HTWG war deshalb überfüllt. Dr. Michael Sailer, bekannter Mitgründer des Darmstädter Öko-Instituts, von 2002-2006 Vorsitzender der Reaktorsicherheitskommission des Bundesumweltministeriums und Leiter der nuklearen Entsorgungskommission, sollte zum Thema „Atomkraftwerke für den Klimaschutz?“ referieren. Er aktualisierte seinen Vortrag und gab einen umfassenden Einblick in Konstruktion und Unfallauswirkungen der kollabierenden Reaktoren von Fukushima. Deutlich wurde, wie hilflos auch die perfekt scheinende Technik den Naturkräften gegenüber ist.

Dr. Sailer stellte am Ende der Veranstaltung dar, welche Energiereserven in der Bundesrepublik auch ohne Atomkraft vorhanden sind und aktiviert werden können. Ausstieg ist möglich, notwendig ist der Aufbau eines Energieverbundnetzes, je schneller, umso besser.

Die Broschüre „Energievisionen“ ist zu bekommen bei: K.-U. Schaible, Wollmatingerstr. 12, 78462 Konstanz.

Tel.: 0176/64110542

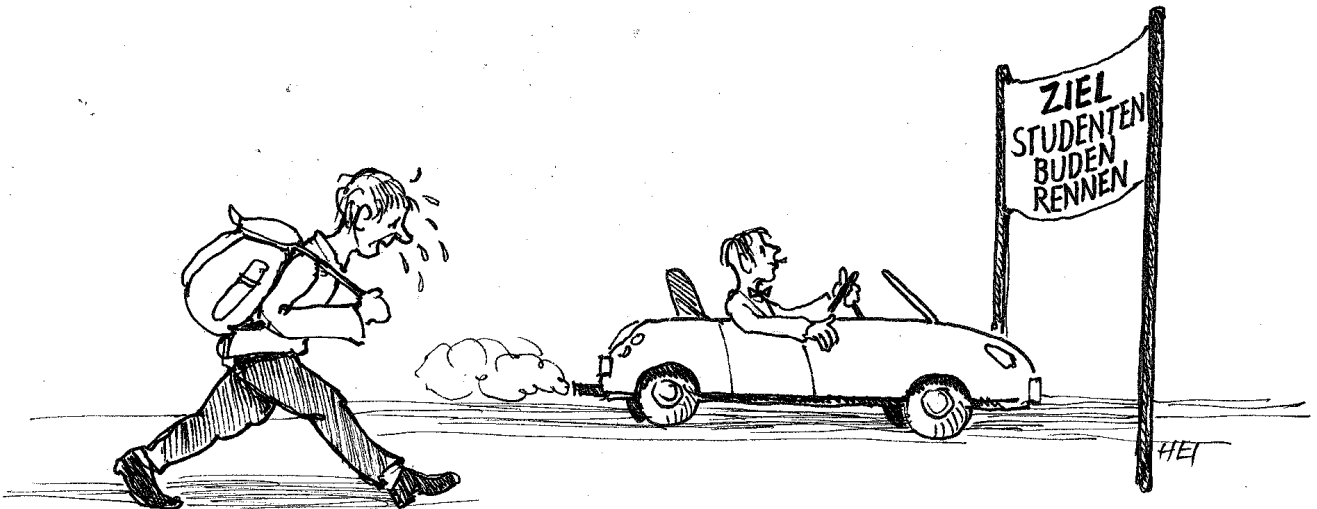
(siehe auch Termine)



Manfred Heier

Chancengleichheit – ein Weg nach vorn oder ein Weg zurück ?

Voraussetzung für Bildung sind doch zwei Dinge, zum einen die geistige, zum zweiten die finanzielle Möglichkeit. Beide Voraussetzungen sind leider auch heute noch ähnlich gewichtig. Mag Kindergarten und Grundschulzeit noch nach dem Gleichheitsprinzip ablaufen, so werden doch langsam die Herkunftsunterschiede immer wichtiger. Vielen Schülern ist es nicht vergönnt, eine Oberschule zu Durchlaufen ohne Nachhilfe in Anspruch zu nehmen, d.h. das elterliche Budget muss diese tragen können. Soll dann ein Studium folgen, wird die Frage nach der Finanzierung erheblich nachdrücklicher. Mietgesuche mit Versprechungen wie – „Direktor in großer Firma sucht für seinen Sohn“ – „Professor sucht für seine Tochter“ – „Mietgarantie und Auto vorhanden, falls nicht in direkter Uni-Nähe“ – müssen doch frustrierend für den „Normalbürger“ sein.



Keine Chance für arme Schlucker

Kann es sein, dass sich der Marktpreis auch hier an der Nachfrage steigert? Sicher kein gerechter Weg in Richtung Gleichheit. Universitätsstadt und Fachhochschulstadt Konstanz – hier kann der Studierende „wählen“ zwischen „preiswertem“ Wohnheimzimmer mit 10 -12 qm zu € 250. –bis € 350. –all inclusive, oder einem Appartement oder WG Zimmer auf dem freien Markt. Der Nachteil: die Wohnheimzimmer sind rar und dürfen oft nicht für das gesamte Studium genutzt werden. Fazit: Suche nach einer passenden WG. Die Preisgestaltung zu dieser Wohnmöglichkeit kann ich mir nur so erklären, dass einige Wohnungsbesitzer so rechnen:

Ein Preis von 260 – 350 € für 10 -12 m² in einem Wohnheim entspricht 380 – 525 € für 15 – 18 m² eines Privatzimmers.

Wer soll das bezahlen? Nicht allein die Rechnung ist verwerflich, nein auch die vielen schönen großen Wohnungen, die wir dringend für Familien brauchen würden, gehen so diesem Markt verloren. Beim derzeitigen, und sicher mit weiterem geplanten Ausbau der Uni noch lange anhaltendem Mangel an Studenten-Unterkünften, sind teilweise schon bizarre Mietangebote zu bewundern, z.B. – Altbauwohnung für 3 Bewohner, eine Heimwerker Dusche in der Küche, Rosentapeten aus den 50 er Jahren u.ä. zum Preis von 300.-- € pro Zimmer zuzüglich Nebenkosten.. Das ist Nutzung auf höchstem Niveau – kein Geld rein – viel raus.

Angenommen: Unterkunft gefunden, Bafög läuft - reicht aber nicht aus. Suche nach einem Job. Groß ist auch hier das Angebot nicht und das PreisLeistungsverhältnis kaum traumhaft zu nennen. Trotzdem der Not gehorchend hinter die Kasse beim Discounter, nachts hinter den Tresen oder, oder, oder...heißt arbeiten wenn andere lernen. - GLEICHHEIT?????

Angenommen, Wohnen und Studieren auf die Reihe gebracht. Am Ende jeden Studiums kommt das Examen. Wie viel Zeit bleibt dann noch für den zum Lebensunterhalt benötigten Job? Im Prinzip keine. Wäre hier nicht dringend Unterstützung angesagt? Ob mit preiswerten Wohnheimzimmern, Bafögerhöhung für diese Zeit oder wie auch immer, ganz sicher und wichtig, darüber nachzudenken, schließlich haben wir uns vollmundig den Satz

„Gleiche Bildungschancen für Alle“

auf die Fahnen geschrieben.

Karin Göttlich

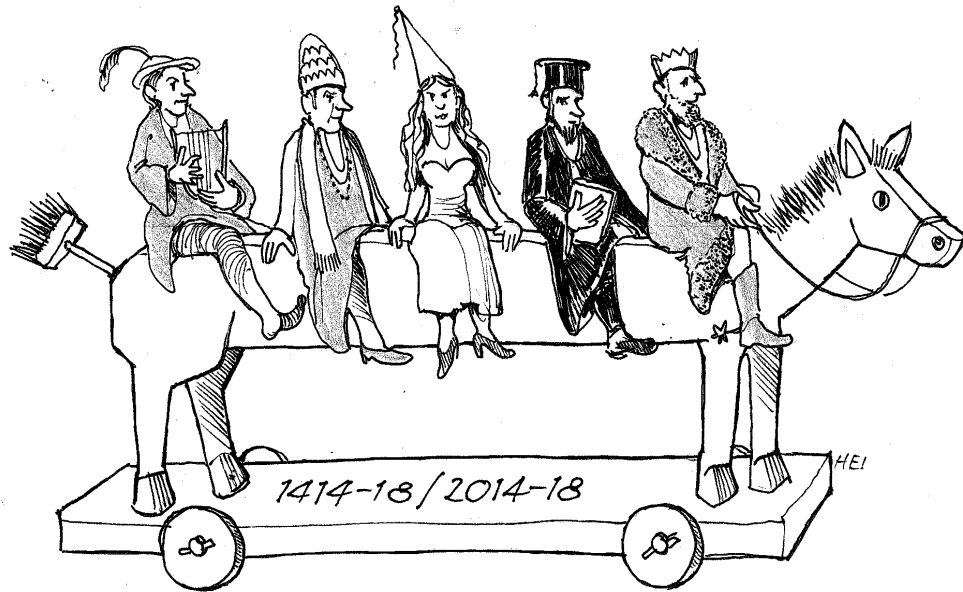
Ausbau von Schulsozialarbeit an allen Schularten nötig!

Dass Schulsozialarbeit wichtig ist, dürfte inzwischen interfraktionell Konsens sein. Gewalt an Schulen, Versagensängste von Schülern, soziale Defizite auf Grund sozialer Herkunft oder Migrationsproblematik stellen alle Schularten vor immer größere nichtschulrelevant zu bewältigende Aufgaben. Schulleitungen und Lehrer werden in ihren ureigensten Aufgaben massiv durch diese Situation eingeschränkt. Unzufriedenheit bei Eltern, Lehrern und Schüler durch vermeidbare Störfaktoren wachsen.

Bislang konzentrierte sich in Konstanz der flächendeckende Ausbau von Schulsozialarbeit auf Haupt-und Realschulen. Da diese Schularten von vielen SchülerInnen mit sozialbenachteiligten und migrationszugehörigen Hintergrund besucht werden, vermutete man hier das meiste Konfliktpotenzial. Auch die Einschätzung, dass dieses Konfliktpotenzial erst bei Jugendlichen auftrete, ist eine

falsche Annahme. Immer mehr Hilferufe von Grundschulen (unter anderen GS Haidelmoos, GS Wallgut, GS Wollmatingen), die vor den gleichen Problemen stehen wie die Haupt- und Realschulen, gehen bei der Stadt Konstanz ein. In einer ersten Maßnahme werden Haidelmoos- und die Wollmatinger Grundschule befristet auf zwei Jahre mit je einer halben Stelle versorgt. Nach einem Antrag des Gesamtelternbeirates der Konstanzer Schulen (GEB) und einer Umfrageerhebung an den Konstanzer Grundschulen berät im Mai 2010 der Jugendhilfeausschuss über die flächendeckende Versorgung der Grundschulen. Die Verwaltung schlägt eine stufenweise Versorgung bis 2012 vor und gibt ein Mindestdeputat von einer 50%-Stelle als sinnvolle Arbeitsgrundlage vor. Die FGL beantragt zusätzlich, die größten Grundschulen neben den so genannten Brennpunktschulen im Ausbauplan vorzuziehen. So wird es auch vom Jugendhilfeausschuss beschlossen. Im Zuge der Spardebatte der Stadt Konstanz wird der Ausbauplan im Haushalt nicht berücksichtigt und zur Beratung für den Haushalt 2013/14 in die Ausschüsse zurückverwiesen. Die FGL setzt sich für den Erhalt der befristeten Stellen in Haidelmoos, Wollmatingen und an den Hauptschulen Gebhard und Dettingen, die auch Synergien mit den jeweiligen Grundschulen bilden, ein. Der Gemeinderat beschließt, diese Stellen im Haushalt 2011/12 einzustellen. Im Februar 2011 beschließt die Bundesregierung, ihr „Bildungspaket“ für die Jahre 2011 bis 2013 zugunsten von Schulsozialarbeit aufzustocken. Fördergelder sollen unbürokratisch an Kommunen durchgereicht werden. Die FGL stellt daraufhin den Antrag, zeitnah den verschobenen Ausbau der Schulsozialarbeit erneut zu beraten und Gelder im Nachtragshaushalt für 2012 einzustellen. Voraussichtlich wird im Mai 2011 das Thema im Jugendhilfeausschuss beraten. Die FGL wird für den sofortigen Ausbau der Schulsozialarbeit an allen Grundschulen votieren. Als dritte und dann folgende Ausbaustufe fordert die FGL auch den Ausbau an den Konstanzer Gymnasien. Wer annimmt, dieser Schulzweig wäre von den vorhergenannten Problematiken nicht sehr betroffen, irrt. Inzwischen muss man zur Kenntnis nehmen, dass die Probleme in allen sozialen Schichten vom Migrantenhaushalt bis in die Bildungsbürgerhaushalte gleichermaßen auftreten. An den Gymnasien, welche sich einem immer größer werdenden Schülerzulauf (2011/12 über 60% der wechselnden Grundschüler) stellen müssen, wird Schulsozialarbeit dringend benötigt.

Günter Beyer-Köhler



überdehnte Konstruktion

Termine

Vortragstermine zum Thema „Energievisionen - 25 Jahre nach Tschernobyl“:

- 26. April, 20.00 Uhr, „Was haben wir aus Tschernobyl gelernt?“ Vortrag von Dr. Sven Gunnar Jahn, Astoria-Saal, Katzgasse
- 26. April, 18.00 Uhr, Ökumenischer Gottesdienst für die Opfer der Reaktorkatastrophe, Dreifaltigkeitskirche Rosgartenstraße
- 02. Mai, 20.00 Uhr „Strom aus Licht – Quo vadis Photovoltaik?“ Vortrag von Prof. Dr. Giso Hahn, Bürgersaal Konstanz, Stephansplatz 17
- 05. Mai, 19.00 Uhr „Uranabbau in Mali“, Vortrag und Ausstellungseröffnung mit Prof. Many Camara, Mali, Treffpunkt Petershausen, Georg-Elser-Platz 1
- 09. Mai, 20.00 Uhr „Energie von Morgen“ Vortrag von Stephan Kohler, Astoria-Saal, Katzgasse
- 18. Mai, 18.00 Uhr „Wenn es ums Ganze geht – Neues Denken für eine Welt im Umbruch“ Vortrag von Prof. Dr. Dr. Hans –Peter Dürr, Aula der HTWG, Brauneggerstr. 55
- 20. Mai, 17.00 Uhr „Photovoltaik – weltweit“ Vortrag von Dr. Peter Fath, IHK, Schützenstr. 8
- 01. Juni, 19.30 Uhr „Wo bitte geht´s nach Belarus? Meine Reisen in die unbekannteste Mitte Europas“ Vortrag von Ingo Petz, Astoria-Saal, Katzgasse
- 08. Juni, 18.00 Uhr „Erdwärme: unterschätzte Chancen, unterschätzte Risiken der Energie aus der Tiefe?“ Vortrag von Prof. Dr. Ingo Sass, HTWG, Brauneggerstr. 55

Daneben gibt es diverse Lesungen, Filme und Ausstellungen, sowie ein Programm für Kinder und Jugendliche (siehe Tagespresse und Broschüre)

Freie Grüne Liste, Untere Laube 24, 78462 Konstanz

Tel.: 07531-900-790, Fax: 900-794

e-mail: gruene-liste@stadt.konstanz.de

<http://www.fgl-konstanz.de>

Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nummer 75598

V.i.S.d.P.: Manfred Heier

MITGLIEDSANTRAG

Hiermit beantrage ich die Mitgliedschaft bei der **Freien Grünen Liste Konstanz**.
Meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag von (bitte ankreuzen)

- €.....(Wenig, ich habe z.Zt. kein großes Einkommen, Betrag freigestellt)
- 30.-€.....(Regelbeitrag)
- 40.-€.....(Förderbeitrag)
- €.....(Ich möchte mehr bezahlen)

überweise ich (Bankverbindung: Sparkasse Bodensee, BLZ 69050001, Konto Nr. 75598) oder erteile eine Einzugsermächtigung.

Name.....Vorname.....

Adresse.....

Tel. Nr.....Email.....

Ort, Datum

Unterschrift

.....

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die **Freie Grüne Liste Konstanz** zum jährlichen Einzug von

€.....von meinem Konto Nr.....bei der

Bank.....BLZ.....

per Lastschriftverfahren.

Datum.....Unterschrift.....